MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 23/0232
32 - Ordnungsamt			Datum: 21.08.2023
Bearb.:	Finster, Andreas	Tel.:-104	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Hauptausschuss	04.09.2023	Anhörung

Beantwortung der Anfrage der WiN aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.05.2023 zum Thema "weitere Verfolgung von Müllverschmutzungen von Wertstoffinseln"

Die WiN-Fraktion bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie mit den Meldungen des Betriebsamtes bei illegaler Müllablagerung an den Wertstoffinseln umgegangen wird. Insbesondere wie seitens der Verwaltung Ordnungs- oder Verwarnungsgelder ausgesprochen werden. Dabei bittet die WiN-Fraktion ebenfalls um eine Aufstellung der Anzahl bisher verhängter Bußgeldbescheide. Da bei einer Anzahl illegal abgelagerter Müllteile (besonders Kartonaugen) der Verursacher feststellbar ist, erfolgt seitens des Betriebsamtes und/oder der eingesetzten Detektei eine Meldung mit ermittelten Namen und Anschriften. Diese werden dann an die Verwaltung weitergeleitet.

Sachverhalt:

Mitglieder der WiN-Fraktion haben am 02.05.2023 nach Hinweisen aus der Bevölkerung einige Wertstoffinseln aufgesucht. Dabei kamen sie ins Gespräch mit den Beschäftigten des Betriebsamtes. Der Hinweis, dass es ja eine Menge illegal abgelagerten Mülls gibt und es ebenso eine Vielzahl von Adressaufklebern mit Namen und Anschrift gibt, wurde sinngemäß beantwortet: Wir erfassen und melden nicht mehr, weil die Meldungen nicht weiter verfolgt werden. Wäre das so, entspricht diese Verfahrensweise nicht den Absprachen zwischen Politik und Leitung des Betriebsamtes im Umweltausschuss. Dieser hat sich sehr intensiv und umfassend mit der Wochend-Vermüllung der Wertstoffinseln befasst.

Antwort der Verwaltung:

Anzeigen über illegale Müllentsorgungen werden vom Ordnungsamt - Fachbereich Allgemeine Ordnungsaufgaben - verfolgt und soweit rechtlich möglich, auch entsprechend geahndet. Seit Januar 2020 sind bis dato für das gesamte Stadtgebiet 2062 Bußgeldverfahren in Folge illegaler Müllentsorgung durch den Fachbereich geführt worden. Dies betrifft überwiegend die Wertstoffinseln. In einem Einzelfall wurde eine Bußgeldsumme von rund 2.200, € festgesetzt. Bei den eingeleiteten Bußgeldverfahren handelt es sich zu 95 % um Anzeigen die aufgrund der Ermittlungen des Kommunalen Ordnungsdienstes geführt werden. Ansonsten in 4 % der Fälle aufgrund privater Anzeigen von Bürgern*innen und in 1 % der Fälle durch Mitarbeiter*innen des Betriebsamts.

Für die Verfolgung einer unerlaubten Müllentsorgung als Ordnungswidrigkeit ist es für die Bußgeldstelle deshalb unerlässlich, dass überhaupt eine Anzeige erstattet wird. Hierzu gehört auch, dass entsprechende Beweismittel gesichert bzw. dokumentiert und Zeugen benannt werden, die eine weitere Verfolgung und Ahndung erst ermöglichen.

Die für eine „OWi-Anzeige“ relevanten Tatangaben sind dem Betriebsamt/Abfall-Service-Center soweit bekannt.

Sachbearbeitung	Fachbereichsleitung	Amtsleitung	mitzeichnendes Amt (bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen: Amt 20)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-----------------	---------------------	-------------	--	---------------------	---------------------